



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Meisterpflicht und reglementierte Berufe in der derzeitigen Form erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene mit Nachdruck für den Erhalt der Meisterpflicht und den Schutz der reglementierten Berufe einzusetzen. Im Hinblick auf das am 10. Januar 2017 von der EU-Kommission vorgelegte Dienstleistungspaket und die im Raum stehenden Freihandelsabkommen TTIP und CETA ist auch darauf zu achten, dass Meisterpflicht und nationale Zugangsvoraussetzungen in der heutigen Form erhalten bleiben und nicht durch neue Maßnahmen und Regelungen aufgeweicht werden.

Begründung:

Am 10. Januar 2017 legte die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket vor, das vordergründig zum Ziel hat, transnationale Dienstleistungen in Europa zu erleichtern. De facto sollen damit nationale Zugangsbeschränkungen bei einzelnen Berufsbereichen aufgeweicht werden.

Das Maßnahmenpaket umfasst eine Europäische Dienstleistungskarte, eine Verhältnismäßigkeitsprüfung der nationalen Vorschriften, Leitlinien für nationale Reformen bei der Reglementierung freier Berufe und ein verbessertes Meldeverfahren für Entwürfe nationaler Rechtsvorschriften für Dienstleistungen.

Neben der Aufweichung von Meisterpflicht und berechtigten Berufszugangsbeschränkungen bergen diese Vorschläge auch die Gefahr, dass unsere Unternehmen mit zusätzlichen bürokratischen Hürden konfrontiert werden. Dies muss auf nationaler und europäischer Ebene unbedingt verhindert werden. Dies gilt auch im Hinblick auf die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

Meisterpflicht, freie und reglementierte Berufe garantieren das weltweit anerkannte, hohe Niveau in vielen deutschen Wirtschaftsbereichen wie Medizin, Handwerk, Architektur und juristischer Beratung. Die Meisterpflicht ist ferner ein Garant für die hervorragende berufliche Ausbildung im Handwerksbereich. In Zeiten grassierender Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Teilen Europas sollte sich Deutschland nicht wiederholt für sein bewährtes System der beruflichen Ausbildung rechtfertigen müssen. Dies sollte auch die EU-Kommission endlich erkennen. Den völlig unnötigen und nicht hinreichend begründeten Forderungen aus Brüssel muss eine entschiedene Absage erteilt werden.